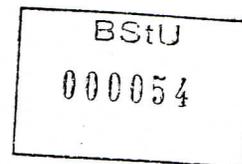


Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Halle
Leiter

Halle, 13. Juni 1983
901/83

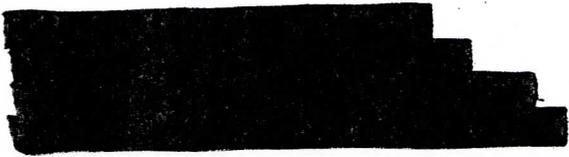


Ministerium für Staatssicherheit
Zentrale Koordinierungsgruppe
Leiter

B e r l i n

Zusammenfassender Bericht zu den bisher erarbeiteten
Ergebnissen zu der Unterschriftensammlung unter Rechts-
widrig Ersuchenden von Halle und Halle-Neustadt mit dem
Ziel, die Übersiedlung in die BRD zu erzwingen

Durch den IMB "Frank Krüger" der KD Halle-Neustadt wurde
am 10. 6. 1983 mitgeteilt, daß die Person



eine Unterschriftensammlung von RE zu einem von ihm ge-
fertigten Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden der DDR
und an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
organisiert.

Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Werter Herr Bundeskanzler!

Mit diesem Briefftext wenden wir uns gleichzeitig und gleichlautend an Sie und an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Wir bitten um Hilfe und Unterstützung bei der Lösung eines für uns sehr einschneidenden persönlichen Problems.

Wir haben für uns und unsere minderjährigen Kinder die Übersiedelung in die Bundesrepublik Deutschland beantragt. Seit der ersten Antragstellung bei den zuständigen staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik sind in den meisten Fällen ein bzw. mehrere Jahre vergangen. Die Anträge wurden zunächst abgelehnt, bei erneuter Antragstellung entweder unbeachtet gelassen oder wiederum abgelehnt. Eingaben auch an den Staatsrat der DDR, blieben ohne Erfolg.

In mit den Antragstellern durch staatliche Organe geführten Aussprachen wurde der Eindruck zu erwecken gesucht, daß die Ausreise aus der Deutschen Demokratischen Republik unter keinen Umständen genehmigt werde. Die für den Wunsch auf die Ausreise angegebenen, sehr unterschiedlichen Gründe, wurden allesamt ignoriert, gleich ob diese politischer, familiärer oder sonstiger Natur sind.

Bei uns ist deshalb der Eindruck entstanden, daß staatliche Dienststellen der Deutschen Demokratischen Republik die vom Vorsitzenden des Staatsrates am 2. November 1973 ratifizierte und am 23. März 1976 in Kraft getretene Internationale Konvention vom 16. Dezember 1966 über zivile und politische Rechte nur ungenügend in Ihrer Entscheidung beachten. Schließlich heißt es in Artikel 12 Ziff. 2. dieser Konvention:

"Es steht jedem frei, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen."

und in Artikel 2 dieser Konvention wird es jedem Staat zur Pflicht gemacht, die in der Konvention verankerten Rechte auch tatsächlich zu gewähren.

Wir gehen davon aus, daß in unserer von zwischenstaatlichen Spannungen, Umweltproblemen als auch von vielen ganz persönlichen Sorgen und Ängsten gekennzeichneten Welt Vertrauen ein sehr wertvolles Gut darstellt. Vertraut werden kann sicher nur dem, der sein vor der Weltöffentlichkeit gegebenes Wort tatsächlich einlöst.

Wir bitten deshalb Sie, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, uns bei der Übersiedlung zu unterstützen, und wir bitten den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, die Genehmigung unserer Ausreise zu veranlassen.

Auf den anliegenden Blättern haben wir unterschrieben undeinige persönliche Angaben beigefügt. Bitte bedenken Sie bei Ihrer Entscheidung auch, daß für uns jetzt Zeit verstreicht, die wir gern für den Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik nutzen würden.

An der Sammlung von Unterschriften beteiligen sich weiter folgende bisher bekannte Personen:

[REDACTED]

Nach aktuellen Hinweisen der IM soll die im CSF vom 13. 6. 1983 genannte [REDACTED] als Überbringer des Schreibens an die Ständige Vertretung der BRD in der DDR genutzt werden. Die Koßling, Josephine wurde zur Unterschriftsleistung aufgefordert, ohne selbst Unterschriften gesammelt zu haben.

Nach bisher vorliegenden Informationen eingesetzter IM ist vorgesehen, daß ca. 50 RE ihre Unterschriften leisten sollen. Bisher sind 29 Personen namentlich bekannt, die aufgesucht, zur Unterschriftsleistung aufgefordert wurden und unterschrieben haben.

Von den 29 Personen sind 19 aktiv in der Abteilung XII erfaßt, davon für die

Abteilung XX der BV Halle	3 Personen
Abteilung VII der BV Halle	1 Person
KD Halle-Neustadt	12 Personen
KD Halle	3 Personen

und 6 Personen sind Kinder.

Das Ziel des [REDACTED] besteht nach eigenen Angaben darin, dem Staat so unangenehm zu werden, daß man ihn kurzfristig ausreisen läßt.

Die Unterschriftensammlungen werden von dem [REDACTED] konspirativ organisiert. Aus seiner Sicht werden nur "zuverlässige" RE angesprochen um insbesondere zu gewährleisten, daß er als Organisator der Unterschriftensammlung und als Verfasser der gleichlautenden Schreiben nicht bekannt wird. Zur Erreichung dieser Zielstellung wird mit den o.g. aktiven Personen beraten, welche RE angesprochen werden sollen.

Wenn die Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden und an den Bundeskanzler ohne Reaktion bleiben, will [REDACTED] alle Unterzeichner in einer "Interessengemeinschaft" zusammenfassen.

Ein weiteres Ziel ist, alle RE miteinander persönlich bekanntzumachen.

Bei Inhaftierung will sich [REDACTED] an den Rechtsanwalt Schnur aus Rostock wenden. Weiterhin erwartet er, daß dann nach dem "Jenaer Vorbild" Sympathiedemonstrationen (Fertigung von Plakaten, Unterschriften) durchgeführt werden und westliche Massenmedien Einfluß nehmen.

Insbesondere rechnet er mit Massenaktionen Jugendlicher, die dann vor der UHA mit Liedern auftreten und Unterschriften für seine Freilassung sammeln.

In diesem Zusammenhang hofft er, daß damit ein "Funke" erzeugt wird, der die Situation in Halle zum explodieren bringt.

Die Übergabe des Schreibens und die Unterschriften an den Staatsratsvorsitzenden der DDR soll vor der Übergabe der gleichen Dokumente an die Ständige Vertretung der BRD in der DDR erfolgen.

Die vorliegenden Informationen wurden durch 2 IM überprüft und bestätigt.

Die politisch-operativen Maßnahmen werden abgestimmt und offensiv realisiert und stehen unter Leitung meines Stellv. Operativ, Genossen Oberst Wolff.

Es wird nachberichtet.

KOPIE

i.v. Schmidt
Schmidt
Generalmajor

An den
Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen
Republik, Berlin-Hauptstadt der DDR

BStU

000059

Wörter Herr Staatsratsvorsitzender!

Mit diesem Briefftext wenden wir uns gleichzeitig und gleichlautend an Sie und an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, um Hilfe und Unterstützung bei der Lösung eines für uns sehr einschneidenden persönlichen Problems zu erbitten.

Wir haben für uns und unsere minderjährigen Kinder die Übersiedelung in die Bundesrepublik Deutschland beantragt. Seit der ersten Antragstellung bei den zuständigen staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik sind in den meisten Fällen ein bzw. mehrere Jahre vergangen. Die Anträge wurden zunächst abgelehnt, bei erneuter Antragstellung entweder unbeachtet gelassen oder wiederum abgelehnt. Eingaben, auch an den Staatsrat der DDR, blieben ohne Erfolg.

In mit den Antragstellern durch staatliche Organe geführten Aussprachen wurde der Eindruck zu erwecken versucht, daß die Ausreise aus der Deutschen Demokratischen Republik unter keinen Umständen genehmigt werde. Die für den Wunsch auf die Ausreise angegebenen sehr unterschiedlichen Gründe wurden allesamt ignoriert, gleich ob diese politischer, familiärer oder sonstiger Natur sind.

Bei uns ist deshalb der Eindruck entstanden, daß staatliche Dienststellen der Deutschen Demokratischen Republik die vom Vorsitzenden des Staatsrates am 2. November 1973 ratifizierte und am 23. März 1976 in Kraft getretene Internationale Konvention vom 26. Dezember 1966 über zivile und politische Rechte nur ungenügend in ihrer Entscheidung beachten. Schließlich heißt es in Artikel 12 Ziff. 2. dieser Konvention:

"Es steht jedem frei, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen."

und in Artikel 2 dieser Konvention wird es jedem Staat zur Pflicht gemacht, die in der Konvention verankerten Rechte auch tatsächlich zu gewähren.

Wir gehen davon aus, daß in unserer von zwischenstaatlichen Spannungen, Umweltproblemen als auch von vielen ganz persönlichen Sorgen und Ängsten gekennzeichneten Welt Vertrauen ein sehr wertvolles Gut darstellt. Vertraut werden kann sicher nur dem, der sein vor der Weltöffentlichkeit gegebenes Wort tatsächlich einlöst.

Wir bitten deshalb Sie, den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, unsere Ausreise genehmigen zu lassen, und wir bitten den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, uns bei der Übersiedelung zu unterstützen.

Auf den anliegenden Blättern haben wir unterschrieben und einige persönliche Angaben beigefügt.

Bitte bedenken Sie bei Ihrer Entscheidung auch, daß für uns jetzt Zeit verstreicht, die wir gern für den Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik nutzen würden.

Hochachtungsvoll